SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Direkt-demokratisch oder doch repräsentativ: Welche Entscheidungsmodi präferieren Bürger*innen?

Vetter, Angelika; Brettschneider, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Vetter, A., & Brettschneider, F. (2023). Direkt-demokratisch oder doch repräsentativ: Welche Entscheidungsmodi präferieren Bürger*innen? *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, *16*(1), 40-71. https://doi.org/10.3224/dms.v16i1.04

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-87999-2

Direkt-demokratisch oder doch repräsentativ: Welche Entscheidungsmodi präferieren Bürger*innen?

Angelika Vetter, Frank Brettschneider

Zusammenfassung: Demokratische Entscheidungen werden in repräsentativen Demokratien durch die von den Bürger*innen auf Zeit gewählten Repräsentant*innen getroffen. Alternativ gibt es in allen Bundesländern aber auch die Möglichkeit, dass Bürger*innen über Sachfragen auf Länder- oder kommunaler Ebene direkt abstimmen (Bürger- oder Volksentscheide). Wir untersuchen mit Hilfe eines neuen Mess-Ansatzes auf Basis einer repräsentativen Umfrage, welche demokratischen Entscheidungsmodi von den Bürger*innen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems präferiert werden. Berücksichtigt wird erstmalig, dass sowohl repräsentativ-demokratische als auch direkt-demokratische Entscheidungsmodi durch deliberative bzw. dialogische Beteiligungsformate ergänzt werden können. Dabei zeigt sich, dass repräsentativ-demokratische Entscheidungen weiterhin eine starke Unterstützung in der Bevölkerung erfahren, besonders auf der Bundesebene. Allerdings ist der Wunsch nach mehr Dialog und Kommunikation im Vorfeld der Entscheidungen – egal ob repräsentativ- oder direkt-demokratisch – stark und sollte bei Überlegungen zu zukünftigen Reformen demokratischen Entscheidens in der Bundesrepublik Deutschland mehr Aufmerksamkeit finden.

Schlagworte: Direkte Demokratie, repräsentative Demokratie, deliberative Demokratie, Bürgerbeteiligung

Direct or representative democracy: Which decision-making modes do citizens prefer?

Abstract: In representative democracies, political decisions are made by representatives elected by the citizens for a fixed term. Alternatively, however, citizens in Germany nowadays may also vote directly on specific issues (referendums) at the states' and/or the local level. Using a new measurement approach based on a representative survey, we investigate which democratic decision-making modes citizens prefer at different levels of the political system. For the first time, we take into account that representative or direct-democratic decision-making procedures can be complemented by deliberative or dialogue-based participation formats. Our results show that representative decision-making continues to enjoy strong support among the population, especially at the federal level. However, the desire for more dialogue and communication in the run-up to either representative or direct-democratic decision-making is strong and should receive more attention when considering future reform options for democratic decision-making in the Federal Republic of Germany.

Keywords: Direct Democracy, Representative Democracy, Deliberative Democracy, Citizen Participation

1 Problemhintergrund und Forschungsfragen

Demokratische Innovationen in Form von direkt-demokratischen Abstimmungen oder deliberativen Beteiligungsformaten haben in den letzten Jahren in der Wissenschaft und in der politischen Praxis an Aufmerksamkeit gewonnen (Morel & Qvortrup, 2018; Bächtiger et al., 2018). Sie sollen die Bindungen zwischen Bürger*innen, ihren politischen Repräsentant*innen sowie den zentralen demokratischen Institutionen und Prozessen angesichts zahlreicher Herausforderungen wieder stärken (Smith, 2009; Geissel & Newton, 2012). Denn diese Bindungen sind die Basis für das Fortbestehen liberaler, repräsentativer Demokratien.

Grundsätzlich können gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen auf unterschiedliche Art und Weise getroffen werden. In der repräsentativen Demokratie entscheiden gewählte Repräsentant*innen. Auch wenn die repräsentative Demokratie in der Vergangenheit ihre Funktion erfüllen konnte, sind in den letzten Jahren vermehrt Zweifel aufgekommen, ob sie dazu nach wie vor in ausreichendem Umfang in der Lage ist (u. a. Merkel, 2015). Zum einen ist das Vertrauen der europäischen Bürger*innen in ihre Parlamente und Regierungen in den letzten Jahren gesunken (u. a. Merkel & Krause, 2015, S. 58 f.). Zum anderen reicht vielen Bürger*innen die Möglichkeit der politischen Einflussnahme via Wahlen nicht mehr aus. Sie fordern weitere Möglichkeiten, um auf das politische Geschehen Einfluss nehmen zu können (Glaab, 2016; Baden-Württemberg Stiftung, 2015; 2019).

Daher propagieren seit einigen Jahren verschiedene Gruppen den Ausbau der direkten Demokratie. Dabei treffen die Bürger*innen selbst die gesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen (Kost, 2013; Merkel & Ritzi, 2017; Lembcke, Ritzi & Schaal, 2016; Wagner, 2019). Allerdings sind direkt-demokratische Verfahren umstritten (zusammenfassend Schmidt, 2019, S. 353 ff.). Kritiker*innen argumentieren unter anderem, direkte Demokratie sei eine Prämie für Demagog*innen. Populistische Argumente könnten in der Öffentlichkeit leicht die Oberhand gewinnen und es wäre ein Einfaches, das Klischee „Staat gegen Bürger*in“ auszuspielen, um damit politikferne Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren. Damit verbunden sei eine Entsachlichung der politischen Diskussion, weil sich verschiedene Akteur*innen durch die Emotionalisierung von Themen Stimmengewinne, eine hohe Beteiligung und damit die Mehrheit im Entscheid versprechen würden. Außerdem trüge die Emotionalisierung zu einer Verfestigung der gegensätzlichen Positionen bei, die das gemeinsame Aushandeln von Kompromissen unmöglich mache. Direkte Demokratie könne zudem die Durchsetzungskraft organisationsfähiger und ressourcenstarker Gruppen festigen. Sie stärke meist den Status Quo und blockiere notwendige Reformen. Zudem könne sie die Verlässlichkeit von Regierungen in internationalen Verhandlungen schmälern oder für Minderheiten gefährlich werden.

Befürworter*innen argumentieren hingegen, dass direkte Demokratie das Prinzip der „Herrschaft des Volkes“ am unmittelbarsten umsetze. Sie sollte deshalb so häufig wie möglich zur Legitimation demokratischer Entscheidungen eingesetzt werden. Auch passe sie zu modernen Demokratien mit einer breiten, aufgeklärten und bildungsaffinen Bürgerschaft. Sie könne repräsentative Demokratien stärken, weil sie mehr Responsivität von den Entscheidungsträger*innen fordere, zu mehr Transparenz führe, intensivere und offenere Debatten über Themen impliziere und dies zu mehr politischem Interesse und zu einer Stärkung des Verhältnisses zwischen Bürger*innen und Politik führen sollte. Außerdem sei sie ein wichtiges Kontrollinstrument gegenüber den politischen und administrativen Eliten.

Umfragen legen immer wieder eine starke Präferenz der Bürger*innen für mehr direkte Demokratie nahe, womit die Befürworter*innen häufig ihre Position untermauern (u. a. Mehr Demokratie e. V., 2022). Allerdings hängen die in Umfragen ermittelten Präferenzen von der verwendeten Frageformulierung und vom Messverfahren ab, beispielsweise ob verschiedene Demokratiemodelle (repräsentativ- und direkt-demokratisch) unabhängig voneinander bewertet werden können (Rating), oder ob sie gegeneinander abgewogen werden müssen (Ranking). Darüber hinaus müssen Probleme wie „Ja-Sage-Tendenzen" bei Rating-Fragen nach der Präferenz von Demokratiemodellen berücksichtigt werden. Und schließlich ist unklar, wieviel ‚mehr' ein Wunsch nach ‚mehr' direkter Demokratie für die Befragten konkret bedeutet: Soll die repräsentative Demokratie nur um ein wenig ‚mehr' oder um ‚viel mehr' direkte Demokratie ergänzt werden? Die Aussage, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung mehr direkt-demokratische Entscheidungsverfahren wünscht, ist jedenfalls zu unqualifiziert, um daraus praktische Schlussfolgerungen für einen Umbau des primär repräsentativen Demokratiemodells in Deutschland zu ziehen.

Darüber hinaus werden Präferenzen für alternative Demokratiemodelle, bei denen repräsentative bzw. direkt-demokratische Entscheidungsverfahren mit deliberativen Formen der Entscheidungsvorbereitung verknüpft werden, nahezu nie untersucht. Deliberative bzw. dialog-orientierte Beteiligungsformate sind im Gegensatz zu Wahlen und direkt-demokratischen Abstimmungen rechtlich nicht verfasst oder vorgeschrieben. Es handelt sich um freiwillige Formen des Austauschs zwischen (nicht organisierten) Bürger*innen, Vertreter*innen der Politik und der Verwaltung sowie gegebenenfalls weiteren zivilgesellschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Akteur*innen (Vetter, 2021). Dazu existieren in der Praxis unterschiedliche Formate wie beispielsweise Bürgerforen, Bürger-Werkstätten oder Runde Tische, die in Präsenz oder online stattfinden können und deren Funktionen von Information und Konsultation bis hin zu Kooperation reichen können (Nanz & Fritsche, 2012). Allerdings haben diese Verfahren nur beratenden Charakter. Das heißt, sie finden im Vorfeld einer gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidung statt, wobei die Entscheidungskompetenz weiterhin bei den Repräsentativorganen verbleibt. Oder aber Bürger*innen entscheiden abschließend selbst über einen Sachverhalt. Werden solche dialogischen Beteiligungsformen als demokratische Innovationen ernst genommen und als *Vorbereitungs*verfahren mit repräsentativen oder direkt-demokratischen *Entscheidungs*verfahren verknüpft, ergeben sich daraus theoretisch vier Entscheidungsmodelle: a) ein ausschließlich repräsentatives Entscheidungsmodell, b) ein repräsentatives Entscheidungsmodell, das durch deliberative Verfahren vorbereitet wird, c) ein direkt-demokratisches Entscheidungsmodell, das durch deliberative Verfahren vorbereitet wird, sowie d) ein ausschließlich direkt-demokratisches Entscheidungsmodell. Die Präferenzen der Bürger*innen für diese vier Entscheidungsmodi stehen im Zentrum dieses Beitrags. Konkret beantwortet er die folgenden Forschungsfragen:

1. Welche demokratischen Entscheidungsmodi präferieren Bürger*innen, wenn auch entscheidungsvorbereitende, deliberative Elemente eine Rolle spielen und es nicht nur um ‚mehr' oder ‚weniger' direkte Demokratie geht? Und gibt es diesbezüglich Unterschiede zwischen der kommunalen Ebene, der Landes- und der Bundes-Ebene?
2. Wie lassen sich diese Präferenzen erklären? Welche Rolle spielen dabei die individuellen kognitiven Ressourcen (unter anderem formale Bildung, politisches Interesse, Internal Efficacy)? Und welche Rolle spielen generelle oder spezifische Einstellungen gegenüber dem politischen System, seinen Akteur*innen und seinem Output (unter anderem External

Efficacy, Vertrauen in Parlament und Regierung, Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, wahrgenommene Lebensqualität)?

Zur Beantwortung dieser Fragen ziehen wir zwei 2021 und 2022 bundesweit erhobene, repräsentative Bevölkerungsumfragen mit insgesamt mehr als 8.000 Befragten heran.

2 Demokratische Entscheidungsmodelle, Demokratiemessungen und Erklärungen direkt-demokratischer Präferenzen

2.1 Demokratische Entscheidungsmodelle

In demokratisch organisierten Gesellschaften sind grundsätzlich zwei Entscheidungsmodi angelegt, um mit unterschiedlichen Interessen umzugehen und bei gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen einen Ausgleich zwischen Individual- und Gemeinwohlinteressen herbeizuführen: Sie kommen in den demokratietheoretischen Ansätzen der repräsentativen und der direkten Demokratie zum Ausdruck.

Vereinfacht ausgedrückt treffen in der *repräsentativen Demokratie* die auf Zeit gewählten Repräsentant*innen der Bürger*innen die gesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen. In der Bundesrepublik Deutschland sind das auf der kommunalen Ebene die Gemeinderäte und die (Ober-)Bürgermeister*innen, auf der Landesebene die Landesparlamente und die Landesregierungen und auf der Bundesebene der Deutsche Bundestag, der Deutsche Bundesrat und die Bundesregierung. Die genannten Legislativ- und Exekutivorgane haben die Aufgabe, Individualinteressen so gegeneinander abzuwägen, dass eine für das Gemeinwohl verträgliche, gesellschaftlich tragfähige Entscheidung gefunden wird. Dabei kommt den Parteien und Wählervereinigungen eine besondere Rolle zu: Sie sollen als Intermediäre an der gesellschaftlichen Meinungsbildung mitwirken (Vetter & Remer-Bollow, 2017).

In der *direkten Demokratie* hingegen treffen die Bürger*innen gesellschaftlich verbindliche Entscheidungen zu konkreten Sachfragen selbst. Der Streit über den Ausbau direktdemokratischer Verfahren war lange Zeit ideologisch aufgeladen (Kost, 2013; Merkel & Ritzi, 2017; Lembcke, Ritzi & Schaal, 2016; Wagner, 2019). Mittlerweile hat sich in der Praxis eine differenzierte Sicht auf Bürgerentscheide entwickelt. Dabei werden Bürger- oder Volksentscheide nicht *prinzipiell* als ‚gut' oder als ‚gefährlich' eingeschätzt. Stattdessen wird direkte Demokratie im Rahmen des Konzeptes der ‚vielfältigen Demokratie' (Bertelsmann Stiftung & Staatsministerium Baden-Württemberg, 2014) als ein Element verstanden, das die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern ergänzen und stärken soll. Vor allem auf kommunaler Ebene sollen Bürgerbegehren den Bürger*innen die Möglichkeit geben, einen Bürgerentscheid zu erwirken, falls ihre Interessen von den gewählten Repräsentant*innen nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Im Konzept der ‚vielfältigen Demokratie' wird die repräsentative Demokratie zudem durch ein zweites Element gestärkt: die deliberative Demokratie. Demnach seien gesellschaftlich legitimierte Entscheidungen nur dann möglich, wenn zuvor ein freier Austausch unter Gleichen stattgefunden habe (Goodin, 2000; Habermas, 1996). Der rationale öffentliche Diskurs führe dann zu gesellschaftlich tragfähigen Lösungen. Dialog-orientierte bzw. deliberative Verfahren der Bürgerbeteiligung folgen dieser Logik. Sie beinhalten keine Ent-

scheidung durch die Bürger*innen. Die Interaktion zwischen Vorhabenträger*innen, Politik, Verwaltung und einer (interessierten) Öffentlichkeit hat stattdessen *beratenden* Charakter. Ziel ist es, Bürger*innen, organisierte Interessen, Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen beispielsweise bei Bau- und Infrastrukturprojekten als Partner*innen zu gewinnen, um gemeinsam gesellschaftlich tragfähige Lösungen zu finden. Zu den entsprechenden Formaten zählen unter anderem Open Space-Veranstaltungen, Szenario-Workshops, Fokusgruppen, Zukunftswerkstätten und World Cafés (VDI, 2021; Nanz & Fritsche, 2012; Holtkamp, Bogumil & Kißler, 2006; Vetter & Remer-Bollow, 2017; Staatsministerium Baden-Württemberg, 2014). Mit Runden Tischen und Mediationsverfahren kann zudem im Konfliktfall versucht werden, eine auf Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen gerichtete Problemlösung zu finden. Laut OECD (2020) ist weltweit ein Schub deliberativer Beteiligungsformate auf verschiedenen politischen Ebenen erkennbar. Allerdings finden sich deliberative oder dialogische Demokratieelemente vor allem auf der kommunalen Ebene des politischen Systems (Gabriel & Kersting, 2014).

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir in diesem Beitrag nicht nur die Präferenzen der Bürger*innen für repräsentative und für direkt-demokratische Entscheidungsmöglichkeiten, sondern verbinden diese explizit mit möglichen vorbereitenden dialogischen Beteiligungselementen.

2.2 Präferenzen für ‚mehr' direkte Demokratie – bisherige Messungen und Befunde

In bisherigen Studien zu Präferenzen für verschiedene Demokratievorstellungen wurden sehr unterschiedliche Erhebungsinstrumente verwendet: Rating- und Ranking-Messungen, mit unterschiedlichen Fragewortlauten. Wir zeigen im Folgenden beispielhaft, welche Mess-Ansätze angewendet wurden, welche Befunde sie zeigen und welche Probleme bezüglich ihrer Aussagekraft bestehen.

In einfachen Rating-Messungen wird beispielsweise danach gefragt, wie positiv oder negativ Menschen einzelne demokratische Entscheidungsmodi (repräsentative oder direkte Demokratie) bewerten oder wie stark sie sich entsprechende Entscheidungsmodi wünschen. Die Entscheidungsmodi werden aber nicht mit anderen Demokratieformen (repräsentativ oder deliberativ) in Verbindung gesetzt bzw. müssen nicht gegeneinander abgewogen werden. Dieser Mess-Ansatz impliziert in der Regel eine Zustimmungstendenz und lässt keine klaren Aussagen darüber zu, welche Entscheidungsmodi gegenüber anderen bevorzugt werden. Dies ist selbst dann der Fall, wenn verschiedene Entscheidungsmodi parallel zueinander bewertet werden sollen, da alle Alternativen gleichermaßen gewünscht werden können.

Auf solch einer Messung basiert beispielsweise eine repräsentative Umfrage, die Infratest dimap 2017 im Auftrag von *OMNIBUS für Direkte Demokratie* und *Mehr Demokratie e. V.* durchgeführt hat. Dabei sprachen sich fast drei Viertel aller Befragten (72 %) für die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene aus. Die Frage lautete: „In den Bundesländern gibt es bereits das Recht auf Volksabstimmung, mit dem über einzelne Sachfragen abgestimmt werden kann. Sind Sie dafür, dass ein solches Abstimmungsrecht auch auf Bundesebene eingeführt wird?". Die möglichen Antworten waren ‚Ja, bin dafür' oder ‚Nein, bin dagegen'. Besonders ausgeprägt war die Zustimmung zu direkter Demokratie unter An-

hänger*innen der Linken und der AfD (85 bzw. 83 % Zustimmung). Aber auch unter Anhänger*innen der Regierungsparteien antworteten etwa zwei Drittel mit ‚Ja'.

Ähnliche Ergebnisse zeigt die Allbus-Umfrage aus dem Jahr 2018 (Trüdinger & Bächtiger, 2022). Hier lautete die Frageformulierung: „Auf Bundesebene ist es bisher nicht möglich, dass die Bürger direkt über politische Sachfragen abstimmen. Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie dafür oder dagegen sind, dass eine solche direkte Beteiligung der Bürger auf Bundesebene eingeführt wird." Bei sechs Antwortmöglichkeiten von ‚sehr dafür' bis ‚sehr dagegen' antworteten 60 % der Befragten mit ‚sehr' oder ‚ziemlich dafür', 24 % mit ‚etwas dafür' und nur 16 % mit ‚etwas', ‚ziemlich' oder ‚sehr dagegen'. Dies legt eine klare Präferenz für mehr direkte Demokratie in der Bevölkerung nahe.

Bei einer Studie der Bertelsmann Stiftung und des Staatsministeriums Baden-Württemberg aus dem Jahr 2014 wurden Präferenzen für sehr unterschiedliche Beteiligungsformate auf der kommunalen Ebene ebenfalls in Form von Ratings erhoben. Die Befragten sollten auf einer Fünfer-Skala von 1 = ‚sehr gut' bis 5 = ‚sehr schlecht' bewerten, wie gut oder schlecht sie die Formate finden (Gabriel & Kersting, 2014, S. 99). Auf Basis dieser Messung bewerteten 80 % der Befragten die Beteiligung an Bürgerentscheiden als ‚gut' bis ‚sehr gut'. Noch etwas positiver wurde mit 82 % die Beteiligung an Gemeinderatswahlen bewertet. Andere Beteiligungsformen, wie die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, in Kinder-/Jugendparlamenten, Bürgerforen o. a., wurden ebenfalls überwiegend positiv bewertet. Lediglich ‚Bürgerdialoge' und ‚Online-Beteiligung' wurden nur von etwa einem Drittel der Befragten positiv bewertet. Dabei zeigte sich – anders als bei den vorherigen Studien – keine eindeutige Bevorzugung direkt-demokratischer gegenüber repräsentativen Beteiligungsformen.

Neben der Bewertung konkreter Beteiligungsformate sollten die Befragten auf einer 5er-Skala von 1 = ‚stimme voll und ganz zu' bis 5 = ‚stimme überhaupt nicht zu' auch Aussagen bewerten, die sich auf die Unterstützung repräsentativer, direkt-demokratischer und deliberativer Verfahren beziehen (Gabriel & Kersting, 2014, S. 109):

- ‚Die wichtigste Form der Einflussnahme der Bürger auf die Politik sollte die Stimmabgabe bei Wahlen bleiben.'
- ‚Einwohner sollten direkt über wichtige kommunale Fragen entscheiden können.'
- ‚Einwohner sollten immer die Möglichkeit haben, ihre Sicht darzulegen und mit zu diskutieren, bevor der Gemeinderat wichtige kommunale Entscheidungen trifft.'

Dabei unterstützen zwei Drittel bis drei Viertel aller Befragten sowohl ein repräsentatives (64 % ‚voll und ganz' bzw. ‚eher') als auch ein direkt-demokratisches (69 %) als auch ein deliberatives Demokratiemodell (76 %). Deutlich wird hier eine starke Präferenz für Dialog, aber keineswegs ein deutliches Übergewicht für direkte Demokratie.

Neben Rating-Messungen kamen bislang auch immer wieder Ranking-Verfahren zur Erhebung von Demokratiepräferenzen zum Einsatz. Eine der bekanntesten Studien zum Wunsch nach mehr direkter Demokratie stammt aus dem Jahr 2001 (Dalton, Bürklin & Drummond, 2001; Bürklin, Dalton & Drummond, 2001). Die Befragten wurden gebeten, ihre Demokratiepräferenz durch die Wahl zwischen zwei Aussagen anzugeben: „Es unterhalten sich zwei über verschiedene Formen der Demokratie. Welche von beiden Meinungen sagt eher das, was auch Sie denken? Die eine Meinung: ‚Ich bin für eine repräsentative Demokratie, also daß das Volk das Parlament wählt und dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft und dafür auch die Verantwortung übernimmt. Die Abgeordneten sind doch meistens besser informiert.' Die andere Meinung: ‚Ich bin für eine direkte Demokratie, also

daß möglichst viele politischen Entscheidungen in Volksabstimmungen getroffen werden. Dann geschieht wirklich das, was das Volk will.'" Die Befragten mussten sich zwischen diesen beiden Polen auf einem ‚Demokratie-Kontinuum' einstufen. Dabei unterstützten 55 % die Aussage zur direkten Demokratie. Die Befürwortung der repräsentativ-demokratischen Variante fiel mit 39 % geringer aus. In Ostdeutschland war die Differenz deutlich stärker (62 % zu 30 %) als in Westdeutschland (53 % zu 41 %).

Thorsten Faas (2015) und eine Gruppe von Mannheimer Demokratieforscher*innen folgten diesem Ranking-Ansatz. Sie untersuchten 2013/2014 das Demokratieverständnis der Bevölkerung in Baden-Württemberg. Wie bei Wilhelm P. Bürklin, Russell J. Dalton und Andrew Drummond (2001) bildeten die repräsentative bzw. die direkte Demokratie zwei Pole auf einem Kontinuum: „Man kann unterschiedlicher Auffassung darüber sein, welche Form der Demokratie die beste ist. Wie ist das bei Ihnen, welche Form der Demokratie ist Ihrer Meinung nach die beste? Auf einer Skala von 0 bis 10; 0 bedeutet ‚Eine repräsentative Demokratie, in der alle Entscheidungen von gewählten Abgeordneten getroffen werden', 10 bedeutet ‚Eine direkte Demokratie, in der das Volk möglichst viele politische Entscheidungen trifft'". 65 % der Befragten gaben einen Wert von 6 oder höher an – unterstützten also die direkte Demokratie stärker als die repräsentative Demokratie. Am häufigsten wurde der Wert 8 genannt (19 %). Aber selbst der Wert 10, bei dem das Volk möglichst viele politische Entscheidungen treffen soll, wurde von mehr als 15 % der Befragten angegeben.

Sowohl die bisher vorgestellten Rating-Messungen als auch die Ranking-Verfahren berücksichtigen nicht die verknüpfte Nutzung dialogischer Elemente. Dies ist anders in der Studie von Florian Ruf, Eva Krummenauer und Uwe Wagschal (2019a; 2019b). Gefragt wurden (Ober-)Bürgermeister*innen und Gemeinderäte in Baden-Württemberg. Sie mussten ihre Einstellungen zu repräsentativen, direkt-demokratischen und dialogischen Beteiligungsformen mit Hilfe von Schiebereglern in ein relatives Präferenzverhältnis zueinander bringen. Insgesamt standen den Befragten 100 Punkte zur Verfügung, die sie auf folgende drei Aussagen verteilen sollten:

– ‚Beteiligung der Bürger/-innen über direkt-demokratische Sachabstimmungen (direkte Demokratie)'
– ‚Beteiligung der Bürger/-innen über beratende Beteiligungsformen (partizipative Demokratie)'
– ‚Beteiligung der Bürger/-innen über Wahlen (repräsentative Demokratie)'.

Bei dieser relativen Präferenzmessung werden dialogische Elemente zwar berücksichtigt. Sie werden aber gleichrangig gestellt mit den beiden Entscheidungsmodi der repräsentativen und der direkten Demokratie, was ihrem ausschließlich beratenden Charakter nicht entspricht. Ähnlich unterscheidet auch Hubert Heinelt (2013; 2018) bei der Befragung von Kommunalpolitiker*innen bzw. (Ober-)Bürgermeister*innen zwischen ‚partizipatorischen' und ‚repräsentativen' Demokratievorstellungen der lokalen Repräsentant*innen. Aber auch hier werden die entscheidungsvorbereitenden Dialoge nicht klar von den abschließenden Entscheidungsverfahren getrennt bzw. beide systematisch miteinander verbunden.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten: Die Zustimmung zu direkt-demokratischen Entscheidungspräferenzen fällt je nach Mess-Ansatz unterschiedlich aus. Die Zustimmung ist am höchsten, wenn direkt-demokratische Beteiligung mit Hilfe von Rating-Skalen bewertet werden soll. Sie ist etwas niedriger, wenn Ranking-Verfahren angewendet werden. Dennoch spricht sich auch hier ein Großteil der Befragten für direkte Demokratie aus – ohne dass daraus

allerdings abgeleitet werden kann, wie viel direkte Demokratie die Befragten sich wünschen. Präferenzen für dialogische Beteiligungsverfahren werden seltener erhoben. Und wenn sie gemeinsam mit direkt-demokratischen und repräsentativen Beteiligungsformen bewertet werden sollen, wird nicht unterschieden zwischen Beteiligungsmodi, die eine Entscheidung implizieren (repräsentativ- vs. direkt-demokratisch) oder die nur der Entscheidungsvorbereitung dienen (dialogische Beteiligung). Zudem werden die Präferenzen in der Regel nur für eine politische Ebene ermittelt (zumeist Bund oder Kommunen), nicht aber vergleichend für die Bundes-, die Landes- und die kommunale Ebene. Dabei sind hier durchaus unterschiedliche Bewertungen denkbar, da direkt-demokratische Elemente auf der Ebene der Länder und Kommunen bereits seit Mitte der 1990er-Jahre möglich sind (Vetter, 2009). Gewöhnungseffekte könnten hier zu einer stärkeren Präferenz führen. Gleichzeitig ist die Reichweite der zu treffenden Entscheidungen geringer als auf Bundesebene.

Um diesen Überlegungen Rechnung zu tragen, verwenden wir einen neuen Mess-Ansatz. Er berücksichtigt zum einen, dass dialogische Beteiligung lediglich der Entscheidungs*vorbereitung* dient und sowohl mit einem anschließenden repräsentativen als auch mit einem direkt-demokratischen Entscheidungsmodus verknüpft werden kann. Zum anderen müssen sich die Befragten zwischen diesen Entscheidungsmodellen entscheiden. Sie können sie nicht unabhängig voneinander (Ratings) bewerten. Entsprechend messen wir im Folgenden die Präferenzen der Bürger*innen zu vier Entscheidungsmodi: a) einem ausschließlich repräsentativen Entscheidungsmodell, b) einem repräsentativen Entscheidungsmodell, das durch deliberative Verfahren vorbereitet wird, c) einem direkt-demokratischen Entscheidungsmodell, das durch deliberative Verfahren vorbereitet wird, sowie d) einem ausschließlich direkt-demokratischen Entscheidungsmodell.

2.3 Ansätze zur Erklärung direkt-demokratischer Präferenzen

Hinsichtlich der Frage, wer direkte Demokratie präferiert, konkurrieren in der Literatur zwei Erklärungsansätze: die ‚Unzufriedenheits-These' und die ‚New Politics-These'. Nach der ‚New Politics-These' (Dalton, Bürklin & Drummond, 2001; Bürklin, Dalton & Drummond, 2001) ist die Unterstützung direkter Demokratie eine Folge der gesellschaftlichen Modernisierung westlicher Gesellschaften und dem damit verbundenen Anstieg von postmateriellen Wertorientierungen, kognitiven Ressourcen und politischem Interesse. All dies verstärke den Wunsch nach mehr politischen Beteiligungsmöglichkeiten, die sich nicht auf Parteien und Wahlen stützen. Dazu gehörten nicht nur Proteste und andere Formen unkonventioneller Beteiligung, sondern auch direkt-demokratische Verfahren. Aus diesem Grund sollten vor allem jüngere Menschen mit hohem Bildungsniveau, postmaterialistischen Werten und einer hohen ‚Political Sophistication' (u. a. Wissen, Interesse, kognitive Verarbeitungskapazität) Promotor*innen direkter Demokratie sein. Ohne damit die repräsentative Demokratie grundsätzlich in Frage zu stellen, wären es demnach vor allem Anhänger*innen der Grünen, die dieser Forderung Nachdruck verleihen.[1] Befunde, die die ‚New Politics-These' unterstützen, stammen unter anderem von Todd Donovan und Jeffrey A. Karp (2006). Sie zeigen

1 Dies implizieren auch die Umfragen unter Kommunalpolitiker*innen und (Ober-)Bürgermeister*innen (Heinelt 2013, S. 120; 2018, S. 89). Hier haben besonders Vertreter*innen der Grünen – ähnlich wie Vertreter*innen der Linken – ein stark ausgeprägtes partizipatives Demokratieverständnis.

mit Hilfe von Umfragedaten aus sechs Demokratien, dass es vor allem jüngere Menschen mit höherem politischem Interesse sind, die sich mehr direkte Demokratie wünschen.

Anders die ‚Unzufriedenheits-These': Ihr zufolge geht der Wunsch nach mehr direkter Demokratie von Bürger*innen aus, die sich von den traditionellen Parteien abgewendet haben. Sie stehen am Rand des politischen Systems, ihre Interessen werden scheinbar nicht mehr gehört. Ihre Unzufriedenheit geht mit Zynismus gegenüber den bestehenden politischen Strukturen und Prozessen einher (Schuck & de Vreese, 2015). Mit direkt-demokratischen Instrumenten hätten diese Menschen eine Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit abzubauen, indem sie selbst politische Entscheidungen beeinflussen. Die Unterstützer*innen direkter Demokratie sind demnach „those at the margins of politics: the less interested, the less educated, and those who support protest parties" (Dalton, Bürklin & Drummond, 2001, p. 148; ähnlich Inglehart, 1999; Donovan, Tolbert & Smith, 2009). Darüber hinaus konstatierten Dalton, Bürklin und Drummond (2001, pp. 147 f.): „sympathy for the Greens is virtually unrelated to support for direct democracy, in both western and eastern Germany … What is most striking is the strong support for direct democracy among adherents of all the other minor parties. Supporters of the postcommunist Party of Democratic Socialism, the far right Republican party, and the extreme right German People's Union all lean toward direct democracy, implying that such a preference is a sentiment of protest parties (of both ideological extremes) rather than a reflection of Green politics".

Unzufriedenheit mit der Demokratie ist auch nach Florian Grotz und Marcel Lewandowsky (2020, S. 190) ein starker Motivator der Unterstützung direkter Demokratie. Allerdings schlagen sich unterschiedliche Parteipräferenzen in unterschiedlichen Präferenzen für direkt-demokratische Instrumente nieder. So befürworten Anhänger*innen der Grünen und der Linken vor allem direkt-demokratische Agenda-Setting-Verfahren (Initiativen). Anhänger*innen der AfD präferieren hingegen stärker Verfassungsreferenden, die die gewählten Repräsentant*innen einer gewissen Kontrolle unterwerfen. Und die Vertreter*innen von ‚New Politics' unterstützen eher Bottom-Up-Verfahren (Initiativen), während Unzufriedene stärker Veto-Verfahren präferieren.

Auch die qualitative Lebensweltanalyse von Rolf Frankenberger, Daniel Buhr und Josef Schmid (2015) weist in diese Richtung. Die von ihnen identifizierten Lebenswelten der ‚Mitgestalter' und der ‚Mitbestimmer' sind charakterisiert durch einen hohen sozialen und politischen Aktivitätsgrad, ein hohes Einkommen und hohe formale Bildungsabschlüsse. ‚Mitgestalter' sind zufrieden mit dem politischen System. „(D)ennoch wünschen sie sich überwiegend noch mehr Möglichkeiten des Mitredens und wollen mehr Deliberation, Beteiligungsprozesse und Kommunikation" (Frankenberger, Buhr & Schmid, 2015, S. 210). Die ‚Mitbestimmer' wollen hingegen nicht nur einbezogen werden, sondern sie wollen selbst mitentscheiden. Direkt-demokratische Verfahren sehen sie als höchsten Verwirklichungsgrad dieser Mitbestimmung an, was dazu führt, dass sie Demokratie zwar grundsätzlich als wertvoll erachten, den empfundenen Mangel an direkter Demokratie aber deutlich artikulieren. Gleichzeitig nennen sie jedoch auch deliberative Beteiligungsformate als notwendige Grundlage für mehr direkt-demokratische Beteiligung. Auch in der Lebenswelt der ‚Distanzierten' findet sich teilweise eine unterstützende Haltung gegenüber direkter Demokratie. In dieser Lebenswelt herrschen ein Gefühl politischer Machtlosigkeit und Unzufriedenheit vor – gepaart mit Politikferne. Zudem wird politische Partizipation im Hinblick auf politische Veränderungen skeptisch betrachtet. „Wenn Wünsche nach mehr Beteiligung geäußert werden, dann solche nach mehr direkter Demokratie, um die Situation der wahrgenommenen

eigenen Bedeutungslosigkeit im Politischen zu verändern“ (Frankenberger, Buhr & Schmid, 2015, S. 205).

Vor diesem Hintergrund analysiert die aktuelle Literatur häufig die Beziehung zwischen dem Wunsch nach mehr direkter Demokratie einerseits und populistischen Einstellungen andererseits. Dabei wurden entsprechende Zusammenhänge wiederholt bestätigt (Bowler et. al., 2017; Jacobs, Akkerman & Zaslove, 2018; Mohrenberg, Huber & Freyburg, 2021; Rose & Weßels, 2021; Werner & Jacobs, 2021; Zaslove et. al., 2021). Auch Eva-Maria Trüdinger und André Bächtiger (2022) ermittelten einen starken Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und dem Wunsch nach mehr direkter Demokratie. In ihrer Studie gehen darüber hinaus die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie sowie ein fehlendes externes Effektivitätsgefühl mit dem Wunsch nach mehr direkter Demokratie einher. Auch die qualitativen Interviews von Gensheimer, Buhr und Frankenberger (2019, S. 148) untermauern diesen Zusammenhang: „AfD-Wähler sehen sich also tendenziell außerhalb des politischen Systems, Politiker und Parteien werden als Gegenspieler verstanden. Direkte Demokratie dient als eine Art Kampfmittel zur eigenen Reintegration“.

In der Literatur gibt es also empirische Evidenz sowohl für die ‚Unzufriedenheits-These‘ als auch für die ‚New Politics-These‘. In einer Studie zur Unterstützung von Referenden auf EU-Ebene kommen Andreas R. T. Schuck und Claes H. de Vreese (2015, p. 156) zu dem Schluss, dass „support for referendum is driven by dissatisfaction with the political process and politics, a lack of perceived self-efficacy, and negative policy evaluations. However, support is also higher among citizens with greater interest and satisfaction with democracy. … both leading perspectives, cognitive mobilization and political disaffection, receive support, however, political disaffection matters more overall“. Ähnlich findet Faas (2015, S. 116), dass postmaterielle Wertorientierungen zwar mit dem Wunsch nach mehr direkter Demokratie einhergehen. Noch stärker hängt dieser Wunsch allerdings von politischer Unzufriedenheit und einer geringen Responsivitätswahrnehmung ab.

Wenn bei den nachfolgenden Analysen nach den Gründen für die Präferenzen von verschiedenen demokratischen Entscheidungsmodi gefragt wird, greifen wir auf die Erklärungen der ‚New Politics-These‘ und der ‚Unzufriedenheits-These‘ zurück. Dabei testen wir folgende Hypothesen, die sich aus den Annahmen in der Literatur ergeben:

H1: Anhänger*innen von ‚New Politics‘ sollten rein repräsentativ-demokratische Entscheidungsmodi ablehnen und sich eher für direkt-demokratische Entscheidungsverfahren aussprechen. Auf Grund ihres höheren Beteiligungswunsches sollten sie außerdem dialogunterstützte Entscheidungsverfahren bevorzugen.

H2: Unzufriedene Menschen sollten rein repräsentativ-demokratische Entscheidungsverfahren ebenfalls ablehnen. Auf Grund ihrer Unzufriedenheit mit der Politik und ihren Vertreter*innen sollten sie direkt-demokratische Entscheidungen bevorzugen. Die dialogische Vorbereitung der Entscheidungen sollten ihnen dabei weniger wichtig sein, als die eigene, direkte Beteiligung, bei der sie mehr Einfluss auf die Entscheidung nehmen können.

3 Daten und Methode

Als Datengrundlage dient uns ein gepoolter Datensatz für die Jahre 2021 und 2022. Im Februar 2021 wurden 4.066 Menschen aus Baden-Württemberg (N = 2.513) und dem restlichen Bundesgebiet (N = 1.553) befragt. An der Umfrage im Juli 2022 nahmen 4.011 Menschen teil (Baden-Württemberg: N = 2.516; restliches Bundesgebiet: N = 1.495). Beide Umfragen wurden von *forsa* im Auftrag der Universität Hohenheim durchgeführt. Für die hier vorgelegten Analysen wurden die Befragten bundesweit repräsentativ gewichtet (die überrepräsentierten Befragten aus Baden-Württemberg wurden entsprechend heruntergewichtet). Außerdem wurden beide Datensätze gepoolt, da sich die Antwortverteilungen im Hinblick auf die hier interessierenden Fragen zwischen den beiden Jahren kaum unterschieden.

Die abhängige Variable bildet die Präferenz der Befragten für eine Variante demokratischen Entscheidens, die den eigentlichen Entscheidungsmodus mit der Entscheidungsvorbereitung verbindet. Die Präferenzen für diese Varianten lassen sich unseres Erachtens nicht sinnvoll mit einfachen Ja/Nein-Fragen erfassen. Wir haben diese Varianten daher in folgende Frageform übersetzt (hier die Version für die Bundespolitik; bei den Versionen für die Landes- und die Kommunalpolitik wurden die Formulierungen angepasst):

„Wir haben hier unterschiedliche Meinungen darüber, wie Bürger grundsätzlich an politischen **Entscheidungen** beteiligt werden sollten. Welche der Meinungen entspricht am ehesten Ihrer persönlichen Auffassung, wenn es um politische Entscheidungen auf der Ebene der **Bundespolitik** geht?

- Wichtige politische Entscheidungen sollten grundsätzlich von den gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestags getroffen werden.
- Wichtige politische Entscheidungen sollten grundsätzlich von den gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestags getroffen werden. Aber sie sollten vorher Bürgerinnen und Bürger anhören und deren Empfehlungen in ihre Überlegungen einbeziehen.
- Wichtige politische Entscheidungen sollten direkt von der Bevölkerung getroffen werden – in einem bundesweiten Volksentscheid.
- Wichtige politische Entscheidungen sollten direkt von der Bevölkerung getroffen werden – in einem bundesweiten Volksentscheid. Vorher sollte aber immer eine intensive Bürgerbeteiligung stattfinden.“

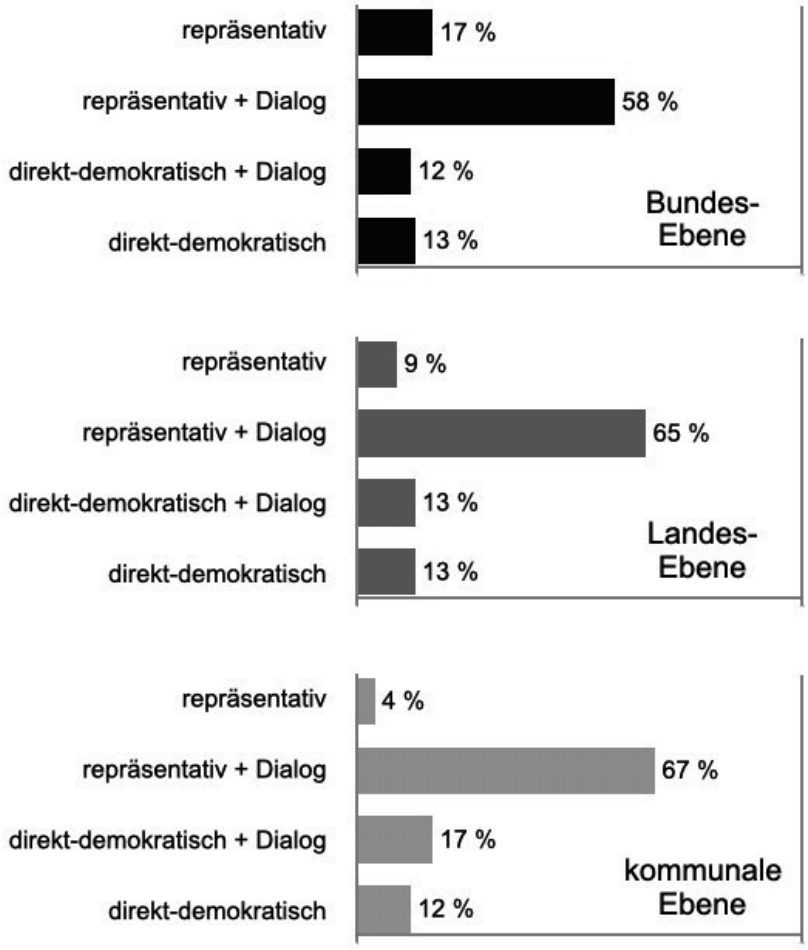
Die unabhängigen Variablen, die zur Erklärung der Demokratiepräferenz herangezogen werden, unterteilen sich in zwei Gruppen. Um die ‚New Politics-These‘ zu prüfen, werden folgende Variablen verwendet: Formale Bildung, Politisches Interesse je für Bundes-, Landes- und kommunale Politik, Internal Efficacy und eine Parteineigung zu den Grünen, unter denen wir einen besonders hohen Anteil von ‚New Politics‘-Vertreter*innen vermuten. Zu den Variablen, mit denen die ‚Unzufriedenheits-These‘ geprüft wird, gehören: External Efficacy, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie je auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, das Vertrauen in ‚Parlament‘ und ‚Regierung‘ auf der jeweiligen Ebene (Deutscher Bundestag, Bundesregierung, Landtag, Landesregierung, Gemeinderat, (Ober-) Bürgermeister*in), die wahrgenommene Lebensqualität im eigenen Bundesland sowie die Selbstpositionierung auf dem Links-Rechts-Spektrum. Dabei wurde die Skala in der Mitte geklappt, um zwischen einer Positionierung in der Mitte bis hin zur Positionierung an einem der beiden Extreme zu unterscheiden (Li-Re-Extrem) – ausgehend von der Annahme, dass die

Unzufriedenheit besonders an den politischen Rändern groß ist. Außerdem vermuten wir eine große Unzufriedenheit bei Anhänger*innen der AfD und der Linken, die ebenfalls kontrolliert werden. Zudem wurden zur Kontrolle Zusammenhänge mit Alter und Geschlecht geprüft. Eine Übersicht über die verwendeten unabhängigen Variablen findet sich im Anhang (*Tabelle A1*).

4 Ergebnisse

Im Gegensatz zu vielen bisherigen Studien zeigen unsere Analysen eine eindeutige Präferenz für die repräsentativ-demokratischen Entscheidungsvarianten. Sie werden von etwa drei Vierteln der Befragten bevorzugt, allerdings vor allem dann, wenn vorher die Bürger*innen gehört und ihre Empfehlungen in die Überlegungen der Repräsentant*innen einbezogen wurden (siehe *Abbildung 1*). Auf die direkt-demokratischen Varianten entfällt zusammen etwa ein Viertel der Präferenzen. Diese verteilen sich zu gleichen Teilen in eine reine direkt-demokratische Variante und in eine direkt-demokratische Variante, der eine dialogische Komponente vorangestellt ist. Die Unterschiede zwischen der Bundes-, der Landes- und der kommunalen Ebene sind erstaunlicherweise gering, auch wenn auf der kommunalen Ebene etwas mehr Dialog gewünscht wird als auf der Bundesebene. Auf der Bundesebene findet sich mit 17 % auch am häufigsten die rein repräsentative Demokratievariante (gegenüber 9 % auf der Landes- und nur 4 % auf der kommunalen Ebene).

Abbildung 1: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, 2021/2022 (in % der Befragten; N = 8.078)

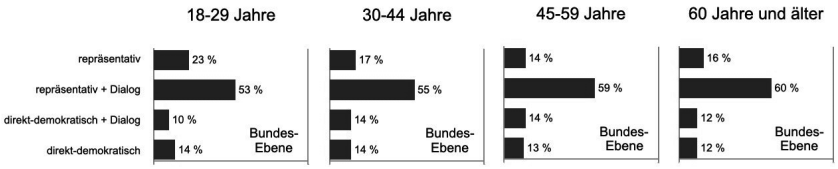


Quelle: Eigene Darstellung.

Die Präferenzen von Männern und Frauen unterscheiden sich nicht grundlegend voneinander. Frauen präferieren aber noch etwas häufiger als Männer die Kombination aus repräsentativer Demokratie und dialogischer Bürgerbeteiligung. Auch die Präferenzen verschiedener Altersgruppen unterscheiden sich nicht grundlegend voneinander (siehe *Abbildung 2*; die Abbildungen für die Länder- und die kommunale Ebene befinden sich stets im Anhang). Zwischen den Parteianhängerschaften bestehen dagegen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Präferenzen. Die Anhänger*innen der Union und der SPD, aber auch der Grünen, präferieren die repräsentativen Varianten überdurchschnittlich oft. Demgegenüber bevorzugen die Anhänger*innen der AfD und der Linken ebenso wie Menschen ohne Parteineigung über-

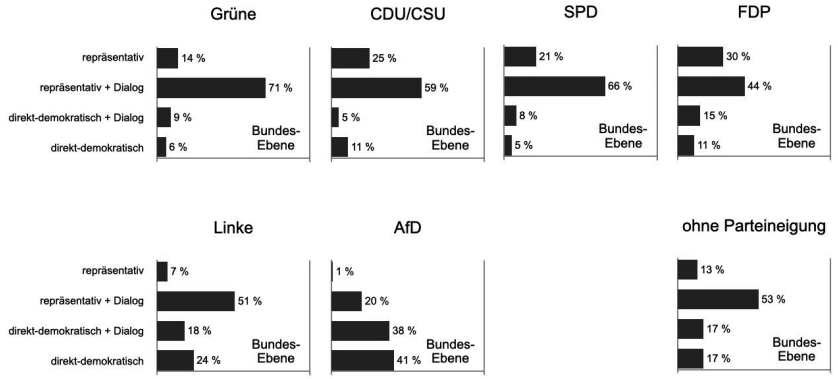
durchschnittlich oft die direkt-demokratischen Varianten. Dies gilt für die Bundesebene (siehe *Abbildung 3*) ebenso wie für die Landes- und die kommunale Ebene.

Abbildung 2: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf Bundesebene nach Altersgruppen, 2021/2022 (in % der jeweiligen Altersgruppe)



Quelle: Eigene Darstellung.

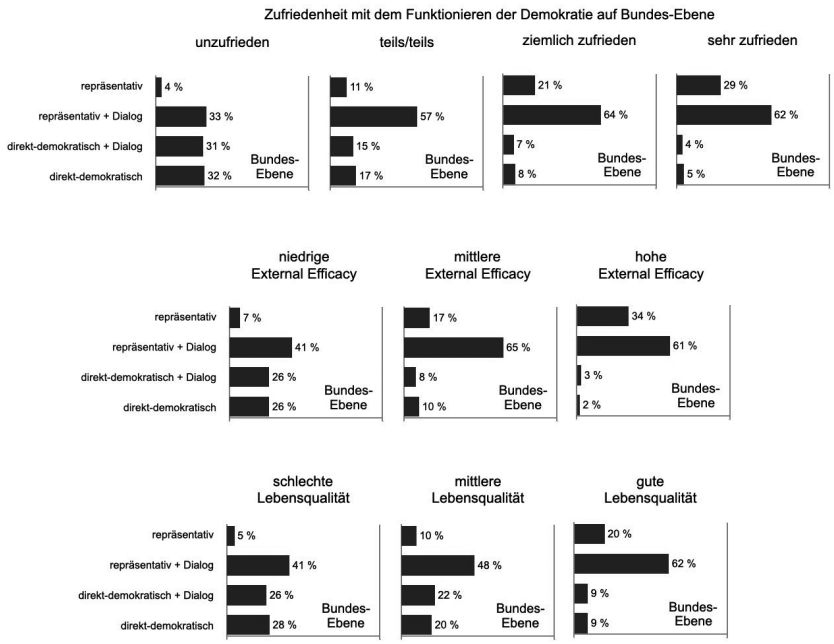
Abbildung 3: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf Bundesebene nach Parteineigung, 2021/2022 (in % der jeweiligen Partei-Anhängerschaft)



Quelle: Eigene Darstellung.

Die unterschiedlichen Demokratiepräferenzen der Parteianhängerschaften deuten schon darauf hin, dass politische Unzufriedenheit eine Ursache der Demokratiepräferenzen sein kann. Um dies zu prüfen, wurden für jede politische Ebene vier Gruppen gebildet: diejenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie auf der jeweiligen Ebene a) unzufrieden, b) teils/teils, c) ziemlich zufrieden oder d) sehr zufrieden sind. Der Zusammenhang ist eindeutig: Je zufriedener die Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie sind, desto weniger sprechen sie sich für eine der direkt-demokratischen Varianten aus. Und umgekehrt: Je unzufriedener sie mit dem Funktionieren der Demokratie sind, desto häufiger sprechen sie sich für eine direkt-demokratische Variante aus (siehe *Abbildung 4*).

Abbildung 4: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf der Bundesebene nach Variablen der ‚Unzufriedenheits-These', 2021/2022 (in % der jeweiligen Gruppen)



Quelle: Eigene Darstellung.

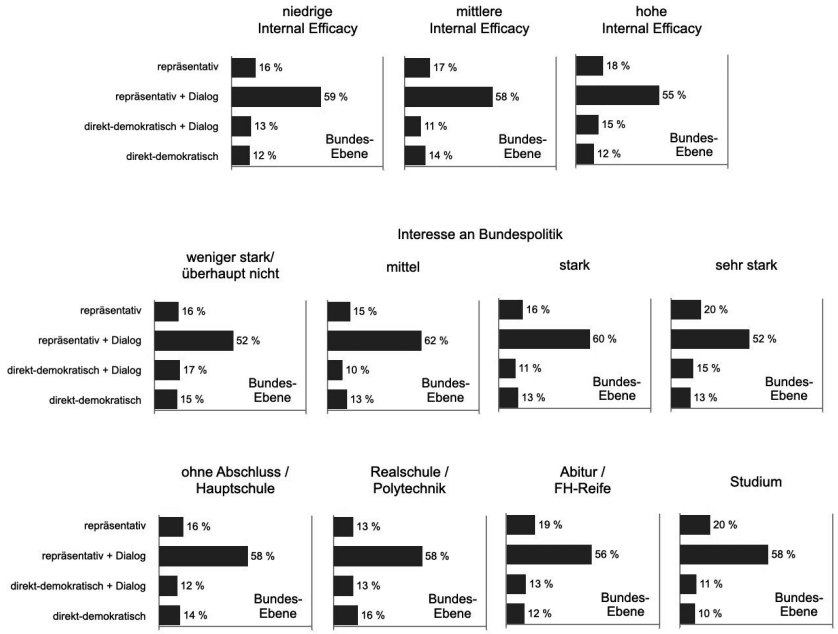
Dieser Befund zeigt sich auch bei der Analyse der External Efficacy. Dabei geht es darum, ob Menschen das Gefühl haben, dass Politiker*innen an ihren Meinungen Interesse haben und darauf reagieren. Der Zusammenhang mit den Demokratiepräferenzen ist eindeutig: Je geringer das externe Effektivitätsgefühl ist, desto eher werden direkt-demokratische Entscheidungsvarianten präferiert (siehe *Abbildung 4*). Das Gleiche gilt für das Vertrauen in die Regierung und das Parlament auf den jeweiligen Ebenen des politischen Systems (auf die Vorlage der Abbildung wird verzichtet). Zu diesen Ergebnissen passt der deutliche Zusammenhang zwischen der durch die Befragten wahrgenommenen Lebensqualität in ihrem Bundesland und der Präferenz für eine der vorgegebenen Entscheidungsvarianten: Je besser die Lebensqualität empfunden wird, desto eher präferieren die Befragten die repräsentativen Demokratievarianten. Und je schlechter die Lebensqualität eingeschätzt wird, desto stärker präferieren sie direkt-demokratische Entscheidungsvarianten (siehe *Abbildung 4*).

Diese Befunde deuten in der Summe recht eindeutig darauf hin, dass die in der Literatur bereits häufig konstatierte ‚Unzufriedenheits-These' auch in unserem Fall greift. Allerdings zeigen die Ergebnisse auch einen stark ausgeprägten Wunsch nach mehr Kommunikation und Dialog im Vorfeld politischer Entscheidungen, der bei bisherigen Untersuchungen so nicht erkennbar war.

Im Gegensatz dazu wird die ‚New Politics-These' von unseren Daten nicht unterstützt: So zeigt sich kein bivariater Zusammenhang zwischen Internal Efficacy, also dem Gefühl der

politischen Selbstwirksamkeit der Befragten, und ihren demokratischen Entscheidungspräferenzen (siehe *Abbildung 5*). Internal Efficacy geht häufig mit politischem Interesse einher: Je höher das politische Interesse, desto größer ist auch die politische Selbstwirksamkeit. Es überrascht daher nicht, dass das politische Interesse der Menschen praktisch nicht mit den präferierten Entscheidungsvarianten zusammenhängt; das Gleiche gilt für den Bildungsabschluss der Befragten (siehe *Abbildung 5*).

Abbildung 5: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf der Bundesebene nach Variablen der ‚New Politics-These', 2021/2022 (in % der jeweiligen Gruppen)



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Eindrücke aus den bivariaten Analysen bestätigen sich auch in den multivariaten Analysen (siehe *Tabelle 1*). Bei gemeinsamer Kontrolle aller unabhängigen Variablen – und egal auf welcher politischen Ebene – erfährt die ‚Unzufriedenheits-These' eine starke Unterstützung. Bei hoher Unzufriedenheit (einem geringen externen Effektivitätsgefühl, einem geringen Vertrauen in die Bundesregierung, einer geringen Demokratiezufriedenheit auf Bundesebene, einer als gering wahrgenommenen Lebensqualität sowie unter den Anhänger*innen der AfD und der Linken) werden repräsentativ-demokratische Entscheidungsprozesse – selbst mit Dialog-Komponente – eher abgelehnt. Dafür findet sich eine starke Präferenz für direkt-demokratische Entscheidungsmodi. Allerdings stehen auch die Unzufriedenen dem Dialog bei direkt-demokratischen Verfahren positiv gegenüber. Dessen Ablehnung und eine ausschließlich direkt-demokratische Präferenz findet sich unter Kontrolle der übrigen Unzufriedenheitsvariablen ausschließlich bei den Anhänger*innen der AfD und der Linken (die Analysen für die Länder- und für die kommunale Ebene sind im Anhang dargestellt).

Allerdings finden sich in der multivariaten Analyse auch ein paar schwächere Belege für die ‚New Politics-These': So lehnen Befragte mit hoher politischer Selbstkompetenz und vor allem Anhänger*innen der Grünen rein repräsentativ-demokratische Entscheidungsprozesse tendenziell eher ab. Werden sie aber mit Dialogen verkoppelt, finden sie unter Grünen-Anhänger*innen dennoch Unterstützung. Entgegen unseren Annahmen findet sich unter den Anhänger*innen von ‚New Politics' allerdings keine klare Präferenz für direkt-demokratische Entscheidungsmodi. Lediglich Menschen mit hohem Bildungsabschluss sprechen sich zumindest auf Bundesebene etwas stärker für den direkt-demokratischen Entscheidungsmodus aus – allerdings nur, wenn er mit Dialog verkoppelt ist. Diese ‚New Politics'-Effekte sind aber deutlich schwächer und weniger konstant als im Fall der ‚Unzufriedenheits-These'.

5 Fazit

Welche demokratischen Entscheidungsmodi präferieren die Bürger*innen in der Bundesrepublik Deutschland? Unsere Ergebnisse zeigen, dass repräsentativ-demokratisch getroffene Entscheidungen bei wichtigen politischen Fragen gegenüber direkt-demokratischen Entscheidungen eindeutig bevorzugt werden – am stärksten auf Bundesebene, aber auch auf der Ebene der Länder und Kommunen. Sind Bürger*innen mit der Politik ihrer gewählten Repräsentant*innen zufrieden, sprechen sie sich in der Regel für die Unterstützung repräsentativer Entscheidungsverfahren aus. Für direkt-demokratische Entscheidungsvarianten treten auf kommunaler Ebene, auf Landes- und auf Bundesebene überdurchschnittlich häufig jene Befragten ein, die mit dem Funktionieren der Demokratie oder mit dem Handeln von Politiker*innen allgemein unzufrieden sind. Es sind vor allem die Unzufriedenen, die Wähler*innen der Randparteien und die parteilich Ungebundenen, die direkt-demokratische Entscheidungsprozesse präferieren. Das erklärt auch, warum die AfD-Anhänger*innen überdurchschnittlich häufig direkt-demokratische Elemente fordern. Offenbar versprechen sie sich von direkt-demokratischen Elementen eine Möglichkeit, die aus ihrer Sicht missliebigen Entscheidungen der Gemeinderäte, der Landtage oder des Deutschen Bundestags wieder aufzuheben.

Unabhängig davon haben unsere Analysen jedoch gezeigt, dass die größten Präferenzen für beide Verfahren dann geäußert werden, wenn sie mit Dialog-Komponenten verkoppelt sind. Mehr Kommunikation im Vorfeld politischer Entscheidungen – unabhängig davon, ob sie repräsentativ- oder direkt-demokratisch getroffen werden – scheint dem Demokratiewunsch der meisten Bürger*innen zu entsprechen. Und das gilt wiederum für alle Ebenen des politischen Systems.

Unsere Ergebnisse unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der deutlichen Unterstützung repräsentativ-demokratischer Entscheidungen von anderen Studien, in denen der Wunsch nach ‚mehr' direkter Demokratie zum Ausdruck gebracht wird. Dies kann einerseits daran liegen, dass wir statt eines Rating- ein Rankingverfahren bei der Messung der Entscheidungspräferenzen verwenden, bei dem nicht ein ‚viel' von allem gefordert oder für gut befunden werden kann. Es kann andererseits aber auch an der in anderen Studien nicht abgefragten Koppelung der Entscheidungsmodi mit vorangestellten Dialog-Komponenten liegen.

Tabelle 1: Multivariate Erklärung der gewünschten Entscheidungsvarianten auf Bundesebene, 2021/2022 (logistische Regression)

	rein repräsentativ			repräsentativ mit Dialog			direkt-demokratisch mit Dialog			rein direkt-demokratisch		
	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)
New Politics-These												
Bildung	0,03	n.s.	1,03	-0,05	n.s.	0,95	0,12	**	1,13	-0,07	n.s.	0,93
Interesse Bundespolitik	0,05	n.s.	1,06	-0,11	***	0,89	0,01	n.s.	1,01	0,06	n.s.	1,06
Internal Efficacy	-0,13	**	0,88	-0,01	n.s.	0,99	0,09	n.s.	1,10	-0,04	n.s.	0,96
PI-Grüne	-0,62	***	0,54	0,48	***	1,61	0,10	n.s.	1,10	-0,25	n.s.	0,78
Unzufriedenheits-These												
External Efficacy	0,51	***	1,66	0,13	***	1,14	-0,48	***	0,62	-0,47	***	0,63
Vertrauen BReg.	0,17	***	1,19	0,11	***	1,11	-0,25	***	0,78	-0,23	***	0,80
Demokratiezufriedenheit Bund	0,21	***	1,23	0,17	***	1,18	-0,18	***	0,83	-0,13	**	0,88
Lebensqualität	0,14	**	1,15	0,01	n.s.	1,01	-0,11	*	0,90	-0,02	n.s.	0,98
Li-Re-Extrem	-0,04	n.s.	0,96	-0,03	n.s.	0,97	0,18	***	1,20	-0,08	*	0,93
PI-AfD	-1,54	**	0,22	-0,99	***	0,37	0,12	n.s.	1,13	0,44	**	1,55
PI-Linke	-0,69	***	0,50	0,08	n.s.	1,08	-0,16	n.s.	0,85	0,60	***	1,83
Alter	-0,01	***	0,99	0,01	***	1,01	-0,00	n.s.	1,00	-0,01	**	0,99
Geschlecht (Ref. weiblich)	0,44	***	1,55	-0,39	***	0,68	0,167	*	1,18	0,20	*	1,22
-2 Log-Likelihood	5639,960			8848,803			4438,415			4577,679		
Chi^2	711,731			612,590			761,365			718,143		
Nagelkerke Pseudo-R^2	0,16			0,11			0,20			0,18		

* p < 0,05; ** p < 0,01, *** p < 0,001, N = 7.128. Nagelkerkes Pseudo-R^2 indiziert, um wieviel besser die abhängige Variable gegenüber dem Nullmodell mit Hilfe der verwendeten unabhängigen Variablen vorhergesagt werden kann (Urban & Mayerl, 2018, S. 416f.).
Quelle: Eigene Darstellung.

Vor dem Hintergrund unserer Ergebnisse sollten zukünftige Überlegungen zu Reformen demokratischen Entscheidens in der Bundesrepublik Deutschland damit mehr Aufmerksamkeit auf ebendiese Dialog-Komponenten legen – wie sie beispielsweise bereits in Form von Bürgerräten oder Bürgerdialogen auch auf Bundesebene stattgefunden haben –, als primär für den Ausbau direkt-demokratischer Entscheidungen zu plädieren.

Literatur

Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.) (2015). *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014. Studien zu Demokratie und Partizipation.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09420-1.

Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.) (2019). *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23331-0.

Bächtiger, André, Dryzek, John S., Mansbridge, Jane & Warren, Mark E. (Eds.) (2018). *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy.* Oxford: Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.001.0001.

Bertelsmann Stiftung & Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014). *Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden.* Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Bowler, Shaun, Denemark, David, Donovan, Todd & McDonnell, Duncan (2017). Right-wing populist party supporters: Dissatisfied but not direct democrats. *European Journal of Political Research, 56* (1), 70–91. https://doi.org/10.1111/1475-6765.12166.

Bürklin, Wilhelm P., Dalton, Russell J. & Drummond, Andrew (2001). Zwei Gesichter der Demokratie: Repräsentativ versus „direkte" Demokratie. In Hans-Dieter Klingemann & Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998* (S. 529–551). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Dalton, Russell J., Bürklin, Wilhelm P. & Drummond, Andrew (2001). Public opinion and direct democracy. *Journal of Democracy, 12* (4), 141–153. http://dx.doi.org/10.1353/jod.2001.0066.

Donovan, Todd & Karp, Jeffrey A. (2006). Popular Support for Direct Democracy. *Party Politics, 12* (5), 671–688. https://doi.org/10.1177%2F1354068806066793.

Donovan, Todd, Tolbert, Caroline & Smith, Daniel A. (2009). Political Engagement, Mobilization, and Direct Democracy. *Public Opinion Quarterly, 73* (1), 98–118. http://dx.doi.org/10.1093/poq/nfp017.

Faas, Thorsten (2015). Demokratieverständnis und Einstellungen zur (direkten) Demokratie in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 101–119). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09420-1_4.

Frankenberger, Rolf, Buhr, Daniel & Schmid, Josef (2015). Politische Lebenswelten. Eine qualitative Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 151–221). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09420-1_5.

Gabriel, Oscar W. & Kersting, Norbert (2014). Politisches Engagement in deutschen Kommunen: Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. In Bertelsmann Stiftung & Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), *Partizipation*

im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden (S. 43–181). Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Geissel, Brigitte & Newton, Kenneth (Eds.) (2012). *Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise?* New York, London: Routledge. https://doi.org/10.4324/9780203155196.

Gensheimer, Tim, Buhr, Daniel & Frankenberger, Rolf (2019). Wir wollen mitbestimmen! Argumente und Narrative für und gegen Direktdemokratie im Vergleich von AfD- und Nicht-AfD-Wählerinnen und Wählern. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 129–148). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23331-0_7.

Glaab, Manuela (2016). Hohe Erwartungen, ambivalente Erfahrungen? Zur Debatte um „mehr Bürgerbeteiligung" in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. In Manuela Glaab (Hrsg.), *Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur* (S. 3–26). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12984-2_1.

Goodin, Robert E. (2000). Democratic Deliberation Within. *Philosophy & Public Affairs, 29* (1), 81–109. https://www.jstor.org/stable/2672865.

Grotz, Florian & Lewandowsky, Marcel (2020). Promoting or Controlling Political Decisions? Citizen Preferences for Direct-Democratic Institutions in Germany. *German Politics*, *29* (2), 180–200. https://doi.org/10.1080/09644008.2019.1583329.

Habermas, Jürgen (1996). *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heinelt, Hubert (2013). Welches Demokratieverständnis haben deutsche Ratsmitglieder und wie schlägt es sich in ihren Handlungsorientierungen nieder? In Björn Egner, Max-Christopher Krapp & Hubert Heinelt (Hrsg.), *Das deutsche Gemeinderatsmitglied. Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis* (S. 105–127). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94361-9.

Heinelt, Hubert (2018). Demokratieverständnis und Handlungsorientierungen von deutschen Bürgermeistern. In Hubert Heinelt, Björn Egner, Timo A. Richter, Angelika Vetter, Sabine Kuhlmann, Markus Seyfried (Hrsg.), *Bürgermeister in Deutschland. Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis* (S. 69–100). Baden-Baden: Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845294711.

Holtkamp, Lars, Bogumil, Jörg & Kißler, Leo (2006). *Kooperative Demokratie. Das politische Potenzial von Bürgerengagement.* Frankfurt am Main u. a.: Campus.

Infratest dimap, „OMNIBUS für Direkte Demokratie" und „Mehr Demokratie e. V." (2017). Bundesweite Volksabstimmung. Verfügbar unter: https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2017-05-23_Umfrage-Volksabstimmung.pdf [31. 7. 2022].

Inglehart, Ronald (1999). Postmodernization Erodes Respect for Authority, But Increases Support for Democracy. In Pippa Norris (Ed.), *Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance* (S. 236–256). Oxford: Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/0198295685.003.0012.

Jacobs, Kristof, Akkerman, Agnes & Zaslove, Andrej (2018). The voice of populist people? Referendum preferences, practices and populist Attitudes. *Acta Politica, 53* (4), 517–541. https://doi.org/10.1057/s41269-018-0105-1.

Kost, Andreas (2013). *Direkte Demokratie. Elemente der Politik.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19247-5.

Lembcke, Oliver W., Ritzi, Claudia & Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2016). *Zeitgenössische Demokratietheorie.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06363-4.

Mehr Demokratie e. V. (2022). Aktuelle Umfragen. https://www.mehr-demokratie.de/themen/bundesweite-volksabstimmung/umfragen-institute. [23. 10. 2022].

Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2015). *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05945-3.

Merkel, Wolfgang & Krause, Werner (2015). Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern. In Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von*

Theorie und Empirie (S. 45–65). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05945-3_2.

Merkel, Wolfgang & Ritzi, Claudia (Hrsg.) (2017). *Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen?* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16233-7.

Mohrenberg, Steffen, Huber, Robert A. & Freyburg, Tina (2021). Love at first sight? Populist attitudes and support for direct democracy. *Party Politics, 27* (3), 528–539. https://doi.org/10.1177%2F1354068819868908.

Morel, Laurence & Qvortrup, Matt (Eds.) (2018). *The Routledge Handbook to Referendums and Direct Democracy.* London, New York: Routledge.

Nanz, Patrizia & Fritsche, Miriam (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

OECD (2020). Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave. Paris: OECD Publishing. https://doi.org/10.1787/339306da-en.

Rose, Richard & Weßels, Bernhard (2021). Do Populist Values or Civic Values Drive Support for Referendums in Europe? *European Journal of Political Research, 60* (2), 359–375. https://doi.org/10.1111/1475-6765.12399.

Ruf, Florian, Wagschal, Uwe & Krummenauer, Eva (2019a). Wie tickt der Schultes? Politische Beteiligung aus Sicht der kommunalen Führungsspitze in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zur Demokratie und Partizipation* (S. 241–272). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23331-0_10.

Ruf, Florian, Krummenauer, Eva & Wagschal, Uwe (2019b). Machtlos durch Bürgerbeteiligung? Die Einstellungen von Gemeinderäten im Kontext lokaler Beteiligung in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 273–292). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23331-0_11.

Schmidt, Manfred G. (2019). *Demokratietheorien. Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25839-9.

Schuck, Andreas R. T. & de Vreese, Claes H. (2015). Public support for referendums in Europe: A cross-national comparison in 21 countries. *Electoral Studies, 38*, 149–158. https://doi.org/10.1016/j.electstud.2015.02.012

Smith, Graham (2009). *Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation.* Cambridge: Cambridge University Press. https://doi.org/10.1017/CBO9780511609848.

Staatsministerium Baden-Württemberg (2014). *Leitfaden für eine neue Planungskultur.* Stuttgart: Staatsministerium.

Trüdinger, Eva-Maria & Bächtiger, André (2022). Attitudes vs. actions? Direct-democratic preferences and participation of populist citizens. *West European Politics.* Online first: https://doi.org/10.1080/01402382.2021.2023435.

Urban, Dieter & Mayerl, Jochen (2018). *Angewandte Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Praxis. 5., überarbeitete Auflage.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01915-0.

VDI (2021). *VDI-Richtlinie 7001 – Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Bau- und Infrastrukturprojekten. Standards für die Leistungsphasen der Ingenieure.* Berlin: Beuth Verlag.

Vetter, Angelika (2009). Citizens versus Parties. Explaining Institutional Change in German Local Government 1989–2008. *Local Government Studies, 35* (1), 125–142. https://doi.org/10.1080/03003930802574524.

Vetter, Angelika (2021). Regieren und dialogische Bürgerbeteiligung. In Karl-Rudolf Korte & Martin Florack (Hrsg.), *Handbuch Regierungsforschung.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30074-6_48-1.

Vetter, Angelika & Remer-Bollow, Uwe (2017). *Bürger und Beteiligung in der Demokratie – Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13722-9.

Wagner, Sabine (2019). *Lokales Demokratie-Update. Wirkung dialogorientierter und direktdemokratischer Bürgerbeteiligung.* Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25081-2.

Werner, Hannah & Jacobs, Kristof (2021). Are Populists Sore Losers? Explaining Populist Citizens' Preferences for and Reactions to Referendums. *British Journal of Political Science, 52* (3), 1409–1417. https://doi.org/10.1017/S0007123421000314.

Zaslove, Andrej, Geurkink, Bram, Jacobs, Kristof & Akkerman, Agnes (2021). Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen's perspective. *West European Politics, 44* (4), 727–751. https://doi.org/10.1080/01402382.2020.1776490.

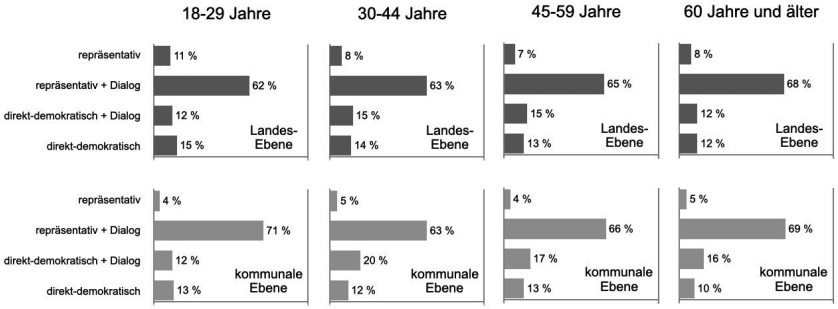
Anschriften der Autor*innen:

Apl. Prof. Dr. Angelika Vetter, Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart, E-Mail: angelika.vetter@sowi.uni-stuttgart.de.

Prof. Dr. Frank Brettschneider, Universität Hohenheim, Institut für Kommunikationswissenschaft, Fruwirthstraße 46, 70599 Stuttgart, E-Mail: frank.brettschneider@uni-hohenheim.de.

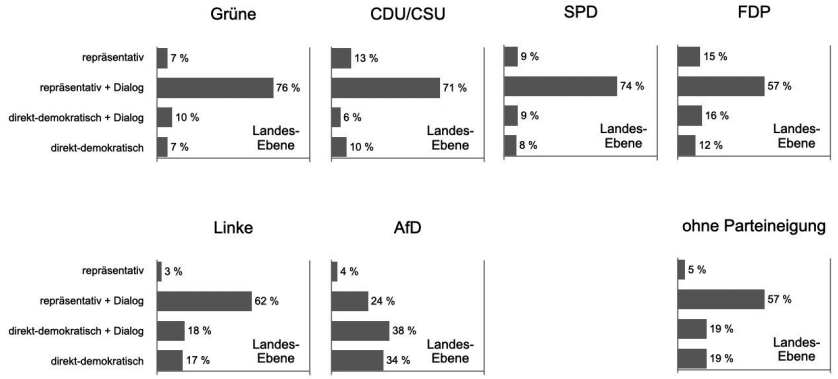
Anhang

Abbildung A1: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf Landes- und auf kommunaler Ebene nach Altersgruppen, 2021/2022 (in % der jeweiligen Altersgruppe)



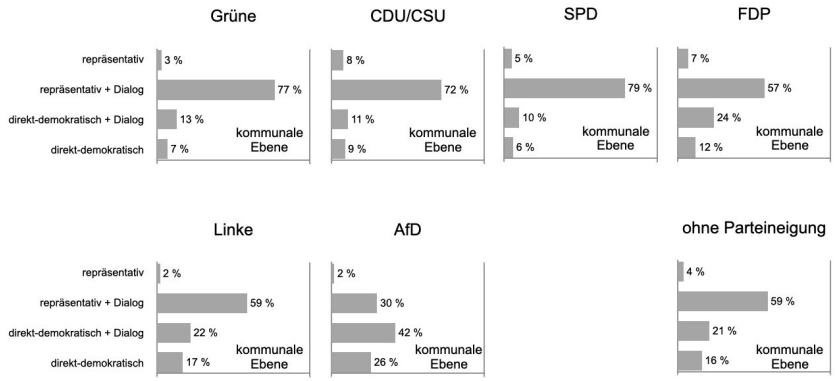
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A2a: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf Landesebene nach Parteineigung, 2021/2022 (in % der jeweiligen Partei-Anhängerschaft)



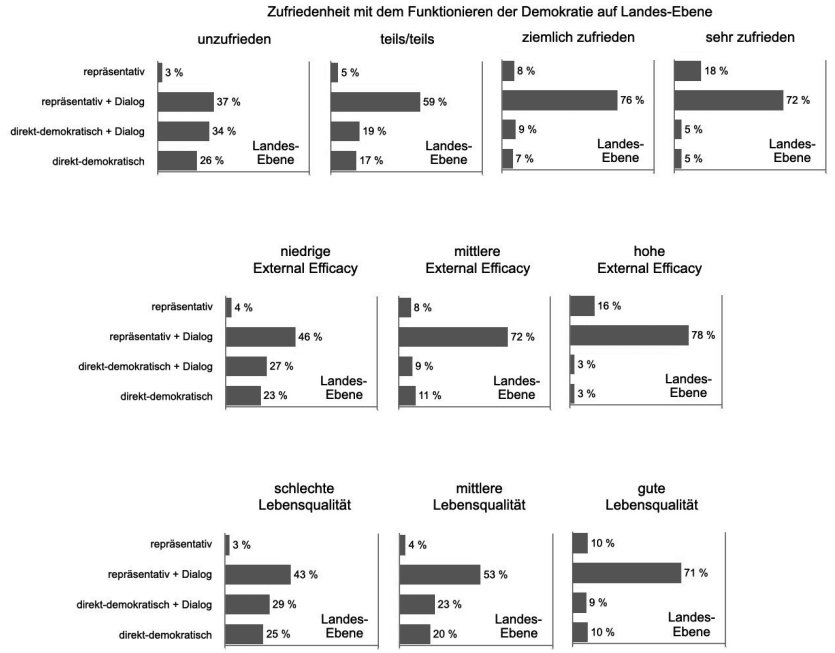
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A2b: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf kommunaler Ebene nach Parteineigung, 2021/2022 (in % der jeweiligen Partei-Anhängerschaft)



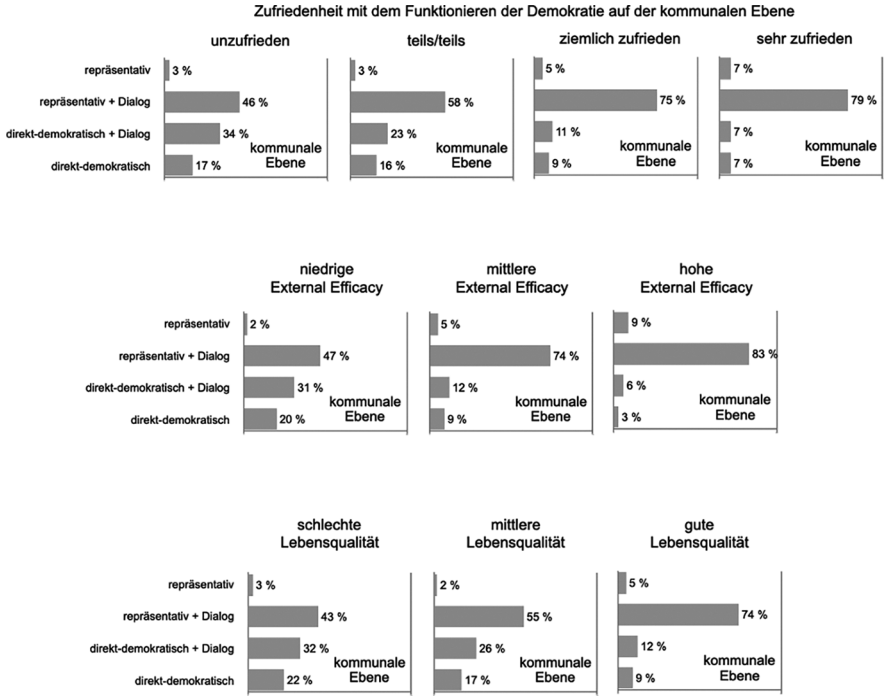
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A3a: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf der Landesebene nach Variablen der ‚Unzufriedenheits-These', 2021/2022 (in % der jeweiligen Gruppen)



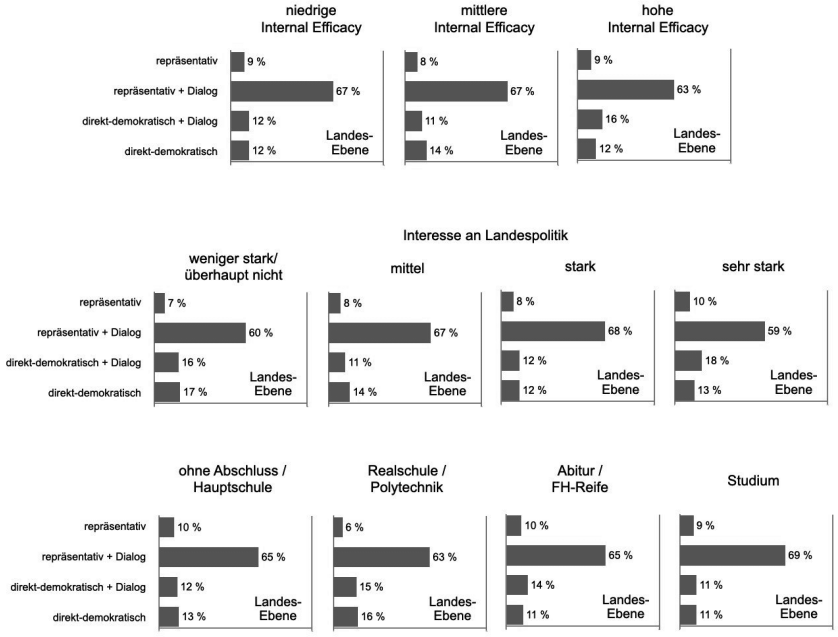
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A3b: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf der kommunalen Ebene nach Variablen der ‚Unzufriedenheits-These', 2021/2022 (in % der jeweiligen Gruppen)



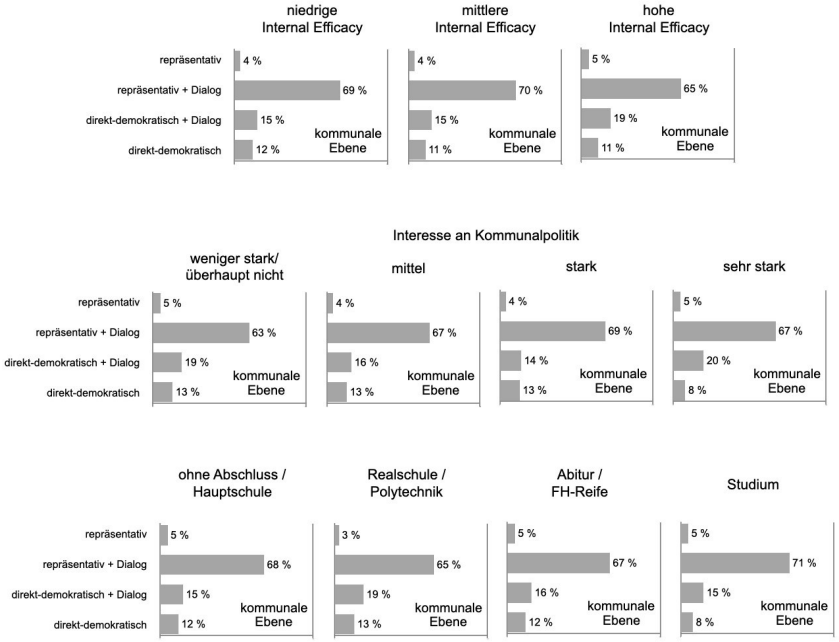
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A4a: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf der Landesebene nach Variablen der ‚New Politics-These', 2021/2022 (in % der jeweiligen Gruppen)



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A4b: Gewünschte Entscheidungsvarianten auf der kommunalen Ebene nach Variablen der ‚New Politics-These', 2021/2022 (in % der jeweiligen Gruppen)



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A1: Übersicht über die verwendeten unabhängigen Variablen

	Fragewortlaut	Min	Max	Mittelwert	N
	Indikatoren der ‚New Politics-These'				
Formale Bildung	Höchster erreichter Bildungsabschluss, recodiert zu: ohne Abschluss oder Hauptschulabschluss (1), Realschulabschluss oder Polytechnische Schule (2), Abitur oder Fachhochschulreife (3), Studium (4)	1	4	2,57	7.928
Politisches Interesse je für Bundes-, Landes- und kommunale Politik	„Wie stark interessieren Sie sich für die **Bundespolitik** / für die **Landespolitik** in (*Bundesland*) / für die **kommunale Politik** bei Ihnen vor Ort?" überhaupt nicht (1), weniger stark (2), mittel (3), stark (4), sehr stark (5) Bundespolitik: Landespolitik: Kommunalpolitik:	 1 1 1	 5 5 5	 3,87 3,65 3,61	 8.019 8.013 8.008
Internal Efficacy	„Auf dieser Liste stehen einige Meinungen, die man gelegentlich hört. Sagen Sie mir bitte zu jeder Meinung, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/ teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?" Index aus den Antworten zu den beiden Items: „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen." / „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht." Internal Efficacy ist: sehr niedrig (1), niedrig (2), mittel (3), hoch (4), sehr hoch (5)	1	5	3,29	7.764
PI-Grüne	„Viele Leute in Deutschland neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?" Falls ‚Ja': „Und welche Partei ist das? CDU (CSU in Bayern), SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke, FDP, AfD, andere Partei, und zwar …". Recodiert zu: keine Anhänger*innen der Grünen (0), Anhänger*innen der Grünen (1)	0	1	0,18	8.078
	Indikatoren der ‚Unzufriedenheits-These'				

	Fragewortlaut	Min	Max	Mittelwert	N
External Efficacy	„Auf dieser Liste stehen einige Meinungen, die man gelegentlich hört. Sagen Sie mir bitte zu jeder Meinung, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/ teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?“ Index aus den Antworten zu den beiden Items: „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.“ / „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“ External Efficacy ist: sehr niedrig (1), niedrig (2), mittel (3), hoch (4), sehr hoch (5)	1	5	2,77	7.870
Vertrauen in ‚Parlament‘ und ‚Regierung‘ auf der jeweiligen Ebene: Deutscher Bundestag, Bundesregierung, Landtag, Landesregierung, Gemeinderat, (Ober-) Bürgermeister*in	„Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen in Deutschland. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie groß das Vertrauen ist, das Sie der Organisation entgegenbringen? Benutzen Sie dazu bitte diese Skala: 1 = überhaupt kein Vertrauen; 7 = sehr großes Vertrauen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“				
	Deutscher Bundestag:	1	7	4,21	7.877
	Landtag:	1	7	4,19	7.790
	Gemeinderat vor Ort:	1	7	4,40	7.480
	Bundesregierung:	1	7	4,13	7.921
	Landesregierung:	1	7	4,19	7.857
	(Ober-)Bürgermeister*in vor Ort:	1	7	4,42	7.712
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie je auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene	„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit dem Funktionieren der Demokratie in **Deutschland** / hier in (***Bundesland***) / in **Ihrer Stadt bzw. in Ihrer Gemeinde?**“ sehr unzufrieden (1), eher unzufrieden (2), teils/ teils (3), ziemlich zufrieden (4), sehr zufrieden (5)				
	Deutschland:	1	5	3,53	8.048
	Bundesland:	1	5	3,58	7.984
	Gemeinde:	1	5	3,61	7.807
Wahrgenommene Lebensqualität im eigenen Bundesland	„Alles in allem: Wie beurteilen Sie derzeit die Lebensqualität in (Bundesland)?“ sehr schlecht (1), eher schlecht (2), teils/teils (3), eher gut (4), sehr gut (5)	1	5	3,82	8.015

	Fragewortlaut	Min	Max	Mittelwert	N
Li-Re-Extrem	„In der Politik reden die Leute häufig von ‚links' und ‚rechts'. Wenn Sie diese Skala von 1 bis 11 benutzen, wo würden Sie sich einordnen, wenn 1 ‚links' und 11 ‚rechts' ist?" Recodiert zu ideologische Mitte (1; vorher 6) bis ideologisch extrem (6; vorher 1 und 11); dazwischen 5 (vorher 2 und 10), 4 (vorher 3 und 9), 3 (vorher 4 und 8), 2 (vorher 5 und 7)	1	6	2,55	7.528
PI-AfD	„Viele Leute in Deutschland neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?" Falls ‚Ja': „Und welche Partei ist das? CDU (CSU in Bayern), SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke, FDP, AfD, andere Partei, und zwar …". Recodiert zu: keine Anhänger*innen der AfD (0), Anhänger*innen der AfD (1)	0	1	0,04	8.078
PI-Linke	„Viele Leute in Deutschland neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?" Falls ‚Ja': „Und welche Partei ist das? CDU (CSU in Bayern), SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke, FDP, AfD, andere Partei, und zwar …". Recodiert zu: keine Anhänger*innen der Linken (0), Anhänger*innen der Linken (1)	0	1	0,05	8.078
	Kontrollvariablen				
Alter	Alter in Jahren	18	92	50,91	8.078
Geschlecht	Recodiert zu: Frauen (0), Männer (1)	0	1	0,49	8.078

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A2: Multivariate Erklärung der gewünschten Entscheidungsvarianten auf Landesebene, 2021/2022 (logistische Regression)

	rein repräsentativ			repräsentativ mit Dialog			direkt-demokratisch mit Dialog			rein direkt-demokratisch		
	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)
New Politics-These												
Bildung	-0,05	n.s.	0,95	0,03	n.s.	1,03	0,04	n.s.	1,04	-0,07	n.s.	0,93
Interesse Landespolitik	-0,05	n.s.	0,95	-0,11	**	0,90	0,15	**	1,16	0,03	n.s.	1,03
Internal Efficacy	-0,02	n.s.	0,98	-0,10	**	0,91	0,13	**	1,14	-0,02	n.s.	0,98
PI-Grüne	-0,42	***	0,67	0,27	***	1,31	0,06	n.s.	1,06	-0,24	*	0,79
Unzufriedenheits-These												
External Efficacy	0,36	***	1,44	0,33	***	1,40	-0,54	***	0,58	-0,39	***	0,68
Vertrauen Landesregierung.	0,17	***	1,18	0,12	***	1,13	-0,20	***	0,82	-0,14	***	0,87
Demokratiezufriedenheit Land	0,23	***	1,25	0,23	***	1,26	-0,28	***	0,76	-0,16	**	0,85
Lebensqualität	0,22	**	1,24	0,05	n.s.	1,05	-0,09	n.s.	0,92	-0,08	n.s.	0,92
Li-Re-Extrem	-0,10	*	0,91	0,02	n.s.	1,02	0,08	**	1,08	-0,06	*	0,94
PI-AfD	0,25	n.s.	1,42	-0,84	***	0,43	0,01	n.s.	1,02	0,30	*	1,35
PI-Linke	-0,68	*	0,51	0,18	n.s.	1,20	-0,03	n.s.	0,97	0,00	n.s.	1,00
Alter	-0,00	n.s.	1,00	0,01	***	1,01	-0,01	**	1,00	-0,01	*	0,99
Geschlecht (Ref. weiblich)	0,42	***	1,52	-0,36	***	0,70	0,24	**	1,27	0,19	**	1,21
-2 Log-Likelihood		3692,565			8016,166			4557,101			4796,265	
Chi^2		295,937			859,374			794,774			456,134	
Nagelkerke Pseudo-R^2		0,10			0,16			0,20			0,12	

* p < 0,05; ** p < 0,01, *** p < 0,001, N = 7.111.
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A3: Multivariate Erklärung der gewünschten Entscheidungsvarianten auf kommunaler Ebene, 2021/2022 (logistische Regression)

	rein repräsentativ			repräsentativ mit Dialog			direkt-demokratisch mit Dialog			rein direkt-demokratisch		
	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)	B(SE)	Sig.	Exp(B)
New Politics-These												
Bildung	0,04	n.s.	1,04	-0,00	n.s.	1,00	0,06	n.s.	1,06	-0,10	*	0,90
Interesse lokale Politik	-0,06	n.s.	0,94	-0,01	n.s.	0,99	0,09	*	1,10	-0,07	n.s.	0,94
Internal Efficacy	-0,09	n.s.	0,92	-0,08	*	0,92	0,10	*	1,11	-0,01	n.s.	0,99
PI-Grüne	-0,76	***	0,47	0,22	**	1,25	0,05	n.s.	1,06	-0,16	n.s.	0,85
Unzufriedenheits-These												
External Efficacy	0,63	***	1,87	0,48	***	1,61	-0,58	***	0,56	-0,51	***	0,60
Vertrauen (Ober)Bürgermeister*in	-0,12	**	0,89	0,11	***	1,11	-0,08	**	0,92	-0,06	*	0,94
Demokratiezufriedenheit Kommune	0,08	n.s.	1,09	0,14	***	1,15	-0,22	***	0,81	0,03	n.s.	1,03
Lebensqualität	0,32	***	1,38	0,16	***	1,18	-0,16	***	0,86	-0,19	***	0,83
Li-Re-Extrem	-0,02	n.s.	0,98	-0,00	n.s.	1,00	0,04	n.s.	1,04	-0,05	n.s.	0,95
PI-AfD	-0,05	n.s.	0,95	-0,66	***	0,52	0,20	n.s.	1,22	0,32	*	1,37
PI-Linke	-0,60	n.s.	0,55	0,03	n.s.	1,03	0,05	n.s.	1,05	0,14	n.s.	1,15
Alter	0,00	n.s.	1,00	0,00	n.s.	1,00	0,00	n.s.	1,00	-0,01	*	0,99
Geschlecht (Ref. weiblich)	0,49	***	1,63	-0,30	***	0,74	0,24	**	1,27	0,10	n.s.	1,10
-2 Log-Likelihood	2283,788			7564,889			5315,548			4341,445		
Chi^2	157,188			800,412			630,176			305,017		
Nagelkerke Pseudo-R^2	0,08			0,16			0,15			0,09		

* p < 0,05; ** p < 0,01, *** p < 0,001, N = 6.896.
Quelle: Eigene Darstellung.